

Herrn Bürgervorsteher
Frank Nickel

Kappeln, 04.12.2019

im Hause

Betr.: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen für einen Bürgerentscheid nach §16g Abs. 1 GO S-H zur Standortentscheidung der Stadtbücherei.

Sehr geehrter Herr Bürgervorsteher Nickel.

Der Beschluss der Standortfrage der Stadtbücherei ist in der letzten Stadtvertreterversammlung am 27. November mit einer denkbar knappen Mehrheit entschieden worden.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind aufgrund von wahrnehmbaren Divergenzen zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern nach dieser Beschlussfassung der Meinung, in dieser Angelegenheit die Bürger entscheiden zu lassen.

Wir sind überzeugt, dass kein Stadtvertreter, weder von CDU, LWG noch SSW eine Entscheidung gegen den Bürgerwillen in unserer Stadt aufrechterhalten möchte. Jeder der am 27.11.2019 Anwesenden in der SV-Sitzung wird den Unmut der Bürger nach dem Beschluss, bis hin zu direkten verbalen Äußerungen, wahrgenommen haben. Es folgten Leserbriefe in der örtlichen Presse, aus denen hervorgeht, dass die Wählerschaft nicht zufrieden ist mit der Entscheidung der Stadtvertretung.

Die Fraktionen von SPD und den Bündnis90/Die Grünen halten die Standortfrage der Bücherei für prädestiniert, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kappeln in einem kommunalpolitischen Prozess mit einzubinden und die Standortentscheidung über einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Einfach mal mehr Demokratie wagen.

Allen Stadtvertretern würde damit die Gelegenheit geboten, ein Signal zu setzen, dass wir unsere Wählerschaft ernst nehmen und ihnen ein Instrument der Gemeindeordnung, den Bürgerentscheid, in die Hand geben.

Mit diesem Verfahren hätten alle Fraktionen die Möglichkeit, sich dem Bürgerwillen zu stellen und nebenbei der allgemeinen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Daher möge die Stadtvertretung über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Die Stadtvertretung beschließt, die Entscheidung der Standortfrage der Stadtbücherei durch einen Bürgerentscheid gemäß §16g Abs (1) der GO S-H herbeizuführen. Der Beschluss aus der Stadtvertreterversammlung vom 27.11.2019 „Die CDU stellt den Antrag auf Umzug in die Stadtpassage“ wird aufgehoben.

Damit leben wir vor, wofür wir überzeugt eintreten: **Demokratie!**

Mit freundlichen Grüßen

Lars Braack
SPD-Fraktionsvorsitzender

Norbert Dick
Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen